

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgepaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einleitung auf Postfach-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiser Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abchluss: Sonnabend vorm. 10 Uhr

Nr. 43

Sonnabend, den 26. Oktober 1929

33. Jahrgang

Zunehmende konjunkturelle Arbeitslosigkeit

Die amtliche Statistik rechnet die steinindustriellen Berufe zu denen mit „berufsüblicher“ winterlicher Arbeitslosigkeit. Daraus wird allgemein geschlossen, daß diese Berufe im Frühling, Sommer und Herbst gut beschäftigt sind, was sich von dem laufenden Jahre gewiß nicht sagen läßt.

Auf 100 Mitglieder entfielen Arbeitslose

Ende	Steinarbeiterverband		ADGB-Durchschnitt	
	im	Prozent	A. Konjunkturgruppe	B. Saisongruppe
Januar	58,7	10,3	58,4	10,3
Februar	76,7	11,4	68,1	11,4
März	32,8	10,6	43,3	10,6
April	11,7	9,2	19,2	9,2
Mai	6,3	8,6	11,0	8,6
Juni	5,0	8,4	9,2	8,4
Juli	7,9	8,6	8,9	8,6
August	10,1	8,6	10,4	8,6
September	12,9	8,9	12,8	8,9

Nur die Monate Mai, Juni, Juli wiesen eine verhältnismäßig günstige Konjunktur auf, blieben ihre Arbeitslosenziffern doch sogar unter der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit der Konjunkturgruppe des ADGB.

Im Vergleich zu den Vorjahren war aber auch diese sommerliche, also konjunkturelle Arbeitslosigkeit außerordentlich hoch, wie folgende Aufstellung zeigt:

Arbeitslose von 100 Mitgliedern

Ende	1925		1926		1927		1928	
	im	im	im	im	im	im	im	im
Januar	1,1	3,6	8,2	18,5	2,7	7,1	3,5	6,3
Juni	0,8	3,5	7,5	18,3	1,9	6,4	3,8	6,2
Juli	0,8	3,7	8,4	17,9	1,3	5,6	4,2	6,3

Noch in keinem der letzten Jahre war die Konjunktur des Spätsommers und Herbstes so schlecht wie in diesem Jahre:

Arbeitslose von 100 Mitgliedern

Ende	1925		1926		1927		1928	
	im	im	im	im	im	im	im	im
Aug.	1,7	4,3	9,3	17,0	1,1	5,1	6,7	6,5
Sept.	2,1	4,5	6,4	15,6	1,2	4,7	7,1	6,6

Am 1. August 1929 im Steinarbeiterverband 10,1 im ADGB 9,0 am 1. September 1929 im Steinarbeiterverband 12,9 im ADGB 9,6

Anmerkung: Soweit in den Arbeitslosenziffern des ADGB keine Trennung der Gruppen (Konjunktur- und Saisongruppen) vorgenommen ist, ist die durchschnittliche Gesamtbeschäftigung angegeben.

Auf die Landesarbeitsamtsbezirke verteilt sich die gemeldete Arbeitslosigkeit wie folgt:

Landesarbeitsamtsbezirk	Zahl der Mitglieder, über die berichtet wurde		davon arbeitslos	
	absolut	v. S.	absolut	v. S.
Ostpreußen	774	201	25,9	
Schlesien	9644	1515	15,7	
Brandenburg	3511	424	12,0	
Pommern	1182	234	19,8	
Nordmark	2566	224	8,7	
Niederachsen	2112	271	12,8	
Westfalen	501	95	18,8	
Rheinland	2560	464	18,1	
Hessen	5388	536	9,9	
Mitteldeutschland	4794	805	16,7	
Sachsen	13080	1445	11,0	
Bayern	6512	630	9,6	
Südwestdeutschland	2522	274	10,8	
Im Reich	55146	7118	12,9	

Weiter haben von 780 Zahlstellen mit 73 208 Mitgliedern trotz wiederholter Mahnung wieder nur 493 Zahlstellen mit 55 146 Mitgliedern berichtet.

Nicht berichtet haben 287 Zahlstellen mit 18 062 Mitgliedern.

Nach den beiden Hauptberufsgruppen gegliedert ergibt sich folgendes Bild:

Landesarbeitsamtsbezirk	Zahl der Mitglieder, über die berichtet wurde		davon arbeitslos	
	Steinarbeiter	Steinseher	absolut	v. S.
Ostpreußen	275	499	5	1,8
Schlesien	8296	1348	1264	15,2
Brandenburg	1348	2163	133	9,8
Pommern	334	848	—	—
Nordmark	790	1776	71	9,0
Niederachsen	1039	1073	133	12,8
Westfalen	343	158	68	19,8
Rheinland	2033	527	348	17,1
Hessen	4463	925	356	7,9
Mitteldeutschland	3251	1543	569	17,5
Sachsen	11702	1378	1296	11,0
Bayern	6215	297	565	9,0
Südwestdeutschland	2425	97	261	10,7
Im Reich	42514	12632	5069	11,9

Am schlechtesten waren die mit dem Straßenbau zusammenhängenden Berufe (Pflastersteinmacher, Bordsteinhauer, Steinschläger, Steinseher und Kammer) beschäftigt. Als katastrophal muß um diese Zeit besonders die Arbeitslosigkeit in Ostpreußen bezeichnet werden. Getrennt vom Mutterlande fällt es dort besonders schwer, die Wirtschaft im vollen Maße aufrecht zu erhalten.

Nicht zum wenigsten schuld an der Misere sind die industriellen Kreise (die der Steinindustrie mit eingeschlossen), die zur Unter-

Das Arbeitschicksal der Erwerbslosen

Im Reichsarbeitsblatt Nr. 28 werden weitere Ergebnisse der Erhebung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung über das Arbeitschicksal der Hauptunterstützungsempfänger im letzten Jahr vor der Arbeitslosmeldung veröffentlicht. Nunmehr ist ein Gesamtüberblick der Schicksale von über zwei Millionen Erwerbslosen in den Wechseljahren des Berufslebens möglich. Die Erhebung erfolgte am 15. März. Da um diese Zeit eine große Anzahl von Arbeitslosen vorhanden war, konnte ein sehr großer Teil erfaßt werden. Versuchen wir uns aus dem umfangreichen Material die Hauptmerkmale herauszuarbeiten.

Gegen Arbeitslosigkeit sind 17 bis 18 Millionen Personen versichert. Seit Bestehen der Arbeitslosenversicherung haben diese kaum mehr als 30 bis 35 v. H. der Gesamtzahl in Anspruch genommen, d. h. also rund 5 1/2 Millionen Arbeitnehmer. Von diesen konnten rund 2 Millionen oder 35 v. H. durch die Erhebung erfaßt werden. Allerdings konnte nur bei 1,5 Millionen Arbeitslosen das Arbeitschicksal zurückverfolgt werden. Da am Tage der Erhebung das Baugewerbe fast vollständig daniederlag, sind die Bauarbeiter mit 420 000 sehr stark vertreten. Daneben wurden erfaßt 165 000 Metallarbeiter, 110 000 der Industrie der Steine und Erden, 85 000 Arbeiter der Land- und Forstwirtschaft, 80 000 des Holz- und Schnitstoffgewerbes, je 60 000 für das Bekleidungs- und Verkehrgewerbe, 60 000 Angestellte und andere Berufe. Die Gesamtzahl der erfaßten Erwerbslosen gliederte sich in 1 760 837 männliche und 303 515 weibliche. Im letzten Jahr vor der Arbeitslosmeldung haben 64,7 v. H. keine Unterstützung in der Arbeitslosenversicherung erhalten. Von dem Rest hatten Arbeitslosenunterstützung aus der Versicherung erhalten bis 13 Wochen 20,2 v. H., von 13 bis 25 Wochen 14,8 v. H., 26 Wochen 0,2 v. H. und über 26 bis 39 Wochen 0,1 v. H. Krisenunterstützung hatten insgesamt 3,3 v. H. der Hauptunterstützungsempfänger bezogen.

Sehr auffällig sind auch die Feststellungen über die im letzten Jahre durchgemachten Krankheiten, die zur Arbeitsunfähigkeit geführt hatten. Im letzten Jahr vor der Arbeitslosmeldung waren 285 005 Personen arbeitsunfähig krank. Und zwar bis 13 Wochen 16,3 v. H., von 13 bis 25 Wochen 1,7 v. H. und der Rest längere Zeit.

Wenn man die bisher genannten Schicksalszüge im letzten Jahre vor der Arbeitslosmeldung zusammen betrachtet, so ergibt sich folgendes: zeitweise Arbeitslosenunterstützung bezogen 35,3 v. H., Krisenunterstützung bezogen 3,3 v. H., zeitweise arbeitsunfähig krank waren 18,6 v. H. und von den sonstigen Verlängerungszeiträumen machten 1,3 v. H. Gebrauch. Die hohe Zahl der arbeitsunfähig Kranken fällt auf. Daneben ist aber auch die Tatsache von Beachtung, daß mehr als ein Drittel sämtlicher Hauptunterstützungsberechtigter innerhalb eines Jahres bereits Arbeitslosenunterstützung bezogen haben.

Das Arbeitschicksal nach der Dauer in Wochen-durchschnittszahlen aller Hauptunterstützungsempfänger gibt einen sozialpolitisch wichtigen Aufschluß. Für jeden der erfaßten Personen errechnen sich eine versicherungspflichtige Be-

schäftigung von 41,4 Wochen, eine Unterstützung in der Arbeitslosenversicherung (bzw. Erwerbslosenfürsorge) von 4,0 Wochen, eine Krisenunterstützung von 0,5 Wochen, eine Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit von 1,1 Wochen, sonstige Verlängerungszeiträume von 0,2 und Sperrzeiten, Wartezeiten, nicht nachgewiesene Zeiten usw. von 4,8 Wochen. — Von den Hauptunterstützungsempfängern, die im Jahre vor der Arbeitslosmeldung unterstützt wurden, betrug die durchschnittliche Dauer der Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung 11,3 Wochen, die Inanspruchnahme der Krisenunterstützung 13,6 Wochen und die Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit 6,3 Wochen. Dieses Ergebnis zeigt, daß die Arbeitslosenunterstützung verhältnismäßig lange in Anspruch genommen werden mußte. Die Krisenunterstützung war noch länger der letzte Halt und die Krankheitsdauer betrug mehr als 6 Wochen.

Die Frauen nahmen die einzelnen Unterstützungszeile länger in Anspruch als die Männer. Die Unterstützungsdauer betrug bei den Frauen bei der Arbeitslosenversicherung durchschnittlich 11,9 Wochen, Krisenunterstützung 14,3 und bei Krankheit 7,7 Wochen.

Wesentliche Unterschiede ergeben sich, wenn man die einzelnen Berufsarten in den Blickkreis der Betrachtungen zieht. Da die Reichsanstalt aber 28 verschiedene Berufsgruppen und Beschäftigungsarten unterscheidet, so ist deren geordnete Betrachtung im Rahmen eines Artikels natürlich unmöglich. Bemerkenswert ist nur, daß von den Arbeitern des Baugewerbes 56,4 v. H. Arbeitslosenunterstützung innerhalb eines Jahres bezogen hatten, dagegen nur 11,8 v. H. im Spinnstoffgewerbe. In der Land- und Forstwirtschaft waren 37 v. H. der Arbeiter im vorangegangenen Jahre beschäftigungslos. Die Krankheitsdauer war mit 12,1 Wochen am längsten in der Gruppe Bergbau, Säulen- und Salinenwesen und mit 5,2 Wochen am kürzesten im Baugewerbe.

Alles in allem — das Arbeitschicksal aller Arbeiter und Angestellten ist zitterreich. Auf schwankendem Boden müssen die meisten Menschen ihre Tage verbringen.

Daß mehr als ein Drittel der untersuchten Personen innerhalb eines Jahres Arbeitslosenunterstützung bezogen haben, ist hierfür Beweis genug. Auch ist nicht zu vergessen, daß fast ein Fünftel arbeitsunfähig krank war. Von den übrigen Schicksalsfällen ganz zu schweigen. Es ist in der Tat eine Tragik, wie das Leben mancher Arbeiter und Angestellten verläuft. Viele wissen nicht, ob sie in der kommenden Woche noch Beschäftigung haben. Nun stelle man sich in diese Verhältnisse hinein und denke sich die Arbeitslosenunterstützung weg — es ist wirklich nicht auszudenken, daß es Leute geben könnte, die der Abschaffung dieses Unterstützungszweiges das Wort reden. Oder man denke sich die Krankenunterstützung in eine Sparrasse nach dem Muster von Hart oder Horneffer umgewandelt! Gerade die Unterstützung der Reichsanstalt im März dieses Jahres hat gezeigt, daß Sozialpolitik niemals notwendiger war als heute. Mit ihr ist der Bestand der deutschen Wirtschaft verbunden.

bindung gemeindlicher Anleihen vom Ausland beigetragen haben durch ihr allgemeines Geschrei nach größerer Sparsamkeit der Gemeinden. Sie schnitten sich dadurch nicht nur ins eigene Fleisch, sondern auch in das der vielen Tausenden von Arbeitern und Angestellten. Die Privatwirtschaft ist mit der öffentlichen Wirtschaft so eng verknüpft, daß die erste ohne die letztere nicht auskommen kann. Nachdem verschiedenen prominenten Privatwirtschaftlern das Wasser bis an den Hals steht, tritt man auch in diesen Kreisen für ausländische Anleihen der Gemeinden ein und so steht zu hoffen, daß mit Hilfe dieser auch der Straßenbau wieder belebt werden wird.

Erst wenn überhaupt Mittel zum Straßenbau zur Verfügung stehen, wird der Kampf um die Behauptung der Steinstraße gegenüber den sie verdrängenden neuzeitlichen Straßenbedecken mit einiger Aussicht auf Erfolg geführt werden können. Das im Hauptbureau unseres Verbandes neuerstehende Ressort wird sich dieser Aufgabe mit ganzer Kraft widmen.

Die übrigen Berufsgruppen werden mit der hoffentlich nicht allzulange auf sich warten lassenden Besserung der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse auch wieder bessere Zeiten erleben. Dem bevorstehenden Winter sehen wir allerdings mit größter Sorge entgegen.

Um so fester müssen sich die Kollegen zusammenschließen, damit sie den, die Notlage der Arbeiterklasse ausnützenden Unternehmern nicht schutzlos gegenüberstehen und damit sie gegebenen Falles erlittene Unbilden zur gegebenen Zeit wieder weitmachen können. Für sie soll das Wort in Geltung bleiben:

Bist du Ambos, bleib in Ruh'
Bist du Hammer, schlage zu. E. W.

Der Kampf um den sozialen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse

Daß die Menschen seit ihrem Bestehen einen fortgesetzten Kampf um ihr Dasein führen, ist eine allgemein bekannte Tatsache. Sie unterscheiden sich hierin in nichts von anderen Lebewesen, die diesem Kampfe in gleicher Weise unterworfen sind. Und doch sind die Bedingungen, unter denen er sich auf beiden Seiten vollzieht, wesentlich voneinander verschieden. Während bei den Tieren und Pflanzen die Lebens- und Daseinsbedingungen ihrer Art entsprechend allgemein die gleichen sind und ganz überwiegend durch von der Natur geschaffene Verhältnisse bestimmt werden, weist das Leben des Kulturmenschen eine derartige Abhängigkeit nicht auf. Sein Verstand hat den Menschen befähigt, tief in die Geheimnisse der Natur einzudringen sowie ihre ge-

waltigen Kräfte in seinen Dienst zu stellen. Unter Mithilfe einer hochentwickelten Technik ist er so in den Stand gesetzt, seinen Nahrungsspielraum wie auch seine Lebensannehmlichkeiten ins Ungemeinere zu vermehren. Die frühere Generationen erfüllende Angst, daß die Erde für ihre menschlichen Bewohner nicht genug an Nahrung zu bieten vermag, ist durch die Errungenschaften von Wissenschaft und Technik hinfällig geworden. Wir sind so weit, daß kein Mensch mehr zu hungern braucht, nicht in Lumpen umherlaufen oder in kalten, feuchten Löchern und Höhlen wohnen muß. Und nicht nur die notwendigen, sondern auch weit darüber hinausgehende Bedürfnisse lassen sich ohne besondere Schwierigkeiten befriedigen.

Zur Schande unserer so viel und oft überauswenglich gepriesenen Kultur sind jedoch diese Möglichkeiten nur in der Theorie vorhanden. Die nüchterne Wirklichkeit zeigt das gerade Gegenteil! Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Menschen, die bestehende Klasse, befindet sich in vollem und uneingeschränktem Genuß der von nimmer rastenden Menschenhänden und Maschinenkräften erzeugten Bedarfs- und Kulturgüter. Die bestehende Klasse verfügt über die der Arbeit dienenden Produktionsmittel und damit über ungeheure Reichtümer, die ihr un sinnigen Luxus und maßlose Verschwendung gestatten. Dagegen leben jene großen Massen, die diesen Reichtum erzeugen, um denen ihr Wohlleben zu schaffen, in steter Sorge um den Lebensunterhalt, unter oft harten Entbehrungen dahin. Sie lernen die höhere Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse nur vom Sehen und Hören kennen oder soweit sie bei Herstellung der Luxusbedürfnisse dienenden Güter beschäftigt sind. Wohl besteht die Möglichkeit, auch ihre Wünsche nach höherem Lebensgenuss und mehr Lebensfreude zu erfüllen. Es fehlt nicht an Rohstoffen, technischen Hilfsmitteln und Arbeitskräften, um hierzu die Voraussetzung zu schaffen. Werden doch die zur Verfügung stehenden Hilfsmittel nur in ganz ungenügendem Maße ausgenutzt. Liegen doch Hunderttausende, zeitweise sogar Millionen Arbeitskräfte brach und bleiben unbeschäftigt, obwohl sie dringend nach Arbeit verlangen.

So entsteht der ungeheuerliche Widerspruch, daß, während alle Bedingungen dafür vorhanden sind, jedem Menschen ein ihm befriedigendes Dasein zu verschaffen, die große Masse der arbeitenden Bevölkerung in schroffer Klassenabsonderung abseits stehen muß und getade infolge ihrer gewaltig gesteigerten Erzeugungsfähigkeit inmitten von Ueberfluß an Lebens- und Kulturgütern Not und Mangel leidet. Nur die bestehende Klasse bleibt hiervon verschont. So aufreizend dieser Zustand auch ist und so schwere soziale Gefahren aus ihm entstehen, wird er doch von dieser Seite als durchaus in Ordnung gefunden. Der traffe Unterschied zwischen Besitz und notleidender Armut erscheint den Besitzenden als etwas ganz natürliches und selbstverständliches. Man geht darüber hinweg und tröstet das etwa erwachende soziale Gewissen damit, daß es ja immer Reiche und Arme ge-

geben habe, die bestehenden sozialen Gegensätze daher als unabänderlich zu betrachten sind. Das Gerüde von der göttlichen Weltordnung, in der es Herren und Knechte geben müsse, ist zwar im allgemeinen verstummt, die ihm zugrunde liegende Auffassung besteht aber in den Kreisen der besitzenden Klasse und ihrer Vertreter weiter.

Es gab Zeiten, wo sich die arbeitenden Volksschichten mit derartigen Redensarten und Ausprüchen über ihr Schicksal hinwegtäuschen ließen. Für einen großen Teil der Arbeiterklasse sind sie aber vorüber. Man hat dort den Glauben an eine göttliche Weltordnung verloren und sieht, gestützt auf die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung, die bestehende Ordnung der Dinge sowie die vorhandenen Klassenunterschiede mit anderen Augen an. Daß ein derartiger Wandel der Anschauungen eingetreten ist, dazu hat in hohem Maße die moderne Arbeiterbewegung, insbesondere die Gewerkschaftsbewegung, beigetragen. Selbst in den kirchlich gesinnten und konfessionell eingestellten Arbeiterkreisen ist dieser Glaube stark ins Wanken geraten und die Ueberzeugung nimmt zu, daß die in der bestehenden kapitalistischen Wirtschaft vorhandenen sozialen und kulturellen Unterschiede nicht auf den Willen eines höheren Wesens zurückzuführen sind, sondern auf einer zwar langen, aber von Menschen beeinflussten und durch unausgesetzte wirtschaftliche Klassenkämpfe vorwärts getriebenen ökonomischen Entwicklung beruhen. Damit verlieren auch sie den Glauben daran, daß die Verhältnisse so bleiben müssen. Wenn auch vielfach noch unbewußt, nähern sie sich damit immer mehr den Anschauungen der klassenbewußten Arbeiterklasse, daß die gegenwärtige kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht den Höhepunkt und den Abschluß der ökonomischen Entwicklung darstellt, und auch für die heute wirtschaftlich Entwerteten sowie sozial Niedrigstehenden die Voraussetzungen für ihren sozialen und kulturellen Aufstieg bestehen.

Es ist der Sozialismus, der diesen Umschwung hervorgerufen hat und immer mehr Köpfe für sich in Beschlag nimmt! Millionen sind durch ihn bereits aus geistiger Schläfe aufgerüttelt worden. Wenn auch vielfach widerstrebend, haben immer mehr die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses mit ihren Klassengenossen und gemeinsamen Vorgehens zur Verbesserung ihrer sozialen und kulturellen Lage erkannt. Für die arbeitende Klasse gibt es hierfür keinen anderen Weg, als die Organisation und das planmäßige, zielbewußte Streben nach einem größeren Anteil an dem Ergebnis ihrer Arbeit, mehr Ruhe, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen sowie schließlich Umgestaltung der kapitalistischen zur sozialistischen Wirtschaftsordnung. Das letztere Ziel darf dabei von den Arbeitern nicht aus dem Auge verloren werden, denn die endgültige Befreiung aus der heutigen Lohnknechtschaft sowie die Beseitigung der bestehenden Klassengegensätze hat die Arbeiterklasse nur von der Durchführung des Sozialismus und einer auf sozialistischer Grundlage beruhenden Wirtschaftsordnung zu erwarten.

In gewissem Umfange ist zwar ein sozialer und kultureller Aufstieg auch ohne Sozialismus möglich. Es zeigt sich das in Amerika, wo innerhalb der Gewerkschaftsbewegung sozialistische Bestrebungen nur sehr schwach auftreten. In neuerer Zeit wird von verschiedenen Seiten den deutschen Gewerkschaften die Nachahmung dieses Beispiels empfohlen, indem man von der Ausschaltung aller Weltanschauungsfragen eine Einigung der verschiedenen gewerkschaftlichen Richtungen sowie das Zustandekommen einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung erhofft. Diese Auffassung beruht jedoch auf Irrtum und Verkennung der wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen. Diese gehen unzweifelhaft in der Richtung des Sozialismus. Eine von ihm losgelöste Gewerkschaftsbewegung würde jedes ideale Ziel und geistigen Inhalts beraubt, zum bloßen Lohnforderungsapparat herabgedrückt. Der soziale und kulturelle Aufstieg der Arbeiterklasse wird aber durch Lohnbewilligungen allein nicht erreicht. Insbesondere werden die bestehenden Klassengegensätze auf diesem Wege nicht beseitigt. Diese muß aber von der Arbeiterklasse angestrebt werden, wenn sie ihre volle Gleichberechtigung herbeiführen will. Deshalb kann sie sich in dem Kampfe um ihren sozialen und kulturellen Aufstieg vom Sozialismus nicht lösen, denn nur sein Sieg kann die Lösung der sozialen Fragen bringen, die das Entstehen der modernen Arbeiterbewegung hervorgerufen haben und um die bisher mit unlegbarem Erfolge der Kampf geführt wurde. Mt.

Die deutsche Wirtschaft

„Wir sind verpflichtet, uns ein Bild von der wirtschaftlichen Lage zu machen unter Beobachtung aller Materials, das verfügbar ist. Es ist ja im Grunde wenig und unser Wissen reicht nicht aus, um ein umfassendes und doch in allen Einzelheiten richtiges Bild des Wirtschaftsgebäudes zu zeichnen, denn dieses Gebäude ist von so viel Schleiern umhüllt, daß wir nur Teile überblicken können. Wenn wir das Bild trotzdem zeichnen, so müssen wir eben konstruieren.“ So schreibt sehr richtig Professor Paul Herberg in seiner Schrift „Die deutsche Wirtschaft“, die eine erweiterte Niederschrift seines vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankangestellten kürzlich gehaltenen Vortrages darstellt. Jeder, der sich ein Gesamtbild von der deutschen Wirtschaft zu machen bemüht, einerlei ob Praktiker oder Theoretiker, wird diese Worte Herbergs unterzeichnen können. Mit besonderem Interesse wird man die Ausführungen eines Professors lesen, der, wie Paul Herberg, zu den leider sehr wenigen gehört, die bemüht sind, die Wirtschaft vom Gesichtspunkte der breiten Masse der Bevölkerung zu sehen.

Die Darstellung Herbergs gewinnt vor allem dadurch an Wert, daß die von ihm erhobene Mahnung: „Wir sollten uns nicht fangen lassen von den bequemeren Vorurteilen“, von ihm selbst weitgehend beachtet wird. Herberg ist einer der wenigen, für die die allgemeine Meinung an sich nicht ohne weiteres zu Recht besteht, die immer wieder prüfen, inwieweit das allgemein gegebene Bild des deutschen Wirtschaftslebens tatsächlich paßt. Diese seine Einstellung macht Herbergs Ausführungen stets sehr interessant, hierin liegt aber auch eine Schwäche. Sieht Herberg Probleme, die in der allgemeinen Diskussion nicht weiter beachtet werden, dann widmet er ihnen meistens eine so große Aufmerksamkeit, daß er fast ihr Gefangener wird, dann läßt er sich von ihnen etwas führen, dann nehmen seine Konstruktionen einen etwas eigenartigen Charakter an. Doch jedesmal bringt er hierbei so interessante Gesichtspunkte, daß es sich lohnt, auch an dieser Stelle einmal diesen Gedankengängen nachzugehen. Wir wollen dabei nicht den Inhalt seines Vortrages wiedergeben, sondern nur auf einige Punkte hinweisen.

Eingehend befaßt er sich mit dem heute oft gehörten Satz: „Eigene Kapitalbildung ist das Gebot der Stunde“. Er fragt: „Ist nicht die Schöpfung einer solchen Aufgabe vom Standpunkte des arbeitenden Menschen, der von dem Verkauf seiner Arbeitskraft leben muß, höchst bedenklich und gefährlich?“ Er hält die Frage der Kapitalbildung nicht für so bedeutsam, wie es allgemein hingestellt wird, weil der Bevölkerungsdruck uns automatisch andere Probleme stellen wird, er glaubt sogar, daß anstelle des Schlagwortes: „Volk ohne Raum“, das „Raum ohne Volk“ treten wird. Der Statistiker Herberg bringt zu diesem Problem eine Fülle interessanter Zahlen. Aus Raumgründen können wir nur das Ergebnis mitteilen: In der Vorkriegszeit hätte der Bevölkerungszuwachs dem deutschen Arbeitsmarkt jährlich etwa 400 000 Arbeitskräfte neu zugeführt, im laufenden Jahre werden es nur noch 147 000 sein, 1930 gar nur 15 000, in den folgenden drei Jahren werde nicht mit einer Zunahme, sondern mit einem Rückgang um 100 000 zu rechnen sein, bis 1940 werde sich alsdann die jährliche Zunahme zwischen 100 000 und 200 000 bewegen. Dieser abnehmende Zuwachs an Erwerbstätigen habe eine wesentliche Entlastung für den Kapitalmarkt. Ueber den Umfang dieser Entlastung gibt Herberg leider keine eigenen Berechnungen sondern nur Schätzungen, die er selbst für etwas fragwürdig hält.

Und die Zahl der Arbeitslosen? So fragt sich wohl jeder Leser selbst sofort. Wird es möglich sein, diese Arbeitslosen, begünstigt durch das Moment des Geburtenrückganges, in die Wirtschaft wieder einzureihen, und zwar ohne die Notwendigkeit einer größeren Kapitalbildung? Es ist die empfindlichste Schwäche der Herbergschen Schrift, daß es diese Frage leichtsin abtut, behauptet, daß die Arbeitslosigkeit weitgehend saison- und konjunkturbedingt sei und daß nur etwa 1/2 Million Arbeitskräfte zuviel in Deutschland seien.

Interessante Ausführungen macht Herberg außerdem zu dem Problem des Abfluges deutscher Erzeugnisse im Auslande und auf dem heimischen Markt. In den Vordergrund dieser Betrachtungen stellt er die Behauptung, daß die Hauptabnehmer deutscher Waren in Deutschland selbst sitzen, daß höchstens 20 v. H. der

Produktion als Ausfuhr über die Grenzen gehe. Ueber diese Ausfuhr brauche man sich nach Herberg keine Sorge zu machen, er hält die Auffassung, daß die deutsche Wirtschaft wegen des Fehlens von Absatzmöglichkeiten im Auslande große Schwierigkeiten erleiden werde, für falsch. Auch hier scheint Herberg doch etwas schief zu sehen. Sicherlich würde es eine wesentliche Entlastung des deutschen Arbeitsmarktes zur Folge haben, wenn wir die Ausfuhr noch etwas erhöhen könnten, was uns leider infolge der allgemeinen protektionistischen Politik sehr erschwert wird. Ueber den Absatz auf dem heimischen Markt kommt der Verfasser zu dem Ergebnis, daß der Güterverbrauch im Inneren ganz beträchtlich gewachsen, dieser gesteigerte Verbrauch aber nicht in der Lebenshaltung der breiten Massen zur vollen Auswirkung gekommen sei, sondern mehr im Ausbau des Produktionsapparates.

Schließlich sei noch kurz auf Herbergs Ausführungen über die Entwicklung des Reallohnes hingewiesen, er hält die bestehenden Statistiken hierüber nicht für ausreichend, vor allem seien bei der Berechnung des Lebenshaltungsindex die einzelnen Posten nicht ihrer Bedeutung gemäß voll gewertet. Nach seiner Meinung müsse der Lebenshaltungsindex auf 175 stehen. Somit ist der Reallohn des gelernten Arbeiters sicherlich nicht gestiegen, für den ungelerten Arbeiter etwa gleichgeblieben. Es ist angedeutet worden, daß man Herberg nicht immer in seinen Konstruktionen folgen kann, doch dies hindert nicht, diesem Beitrag zur Deutung der deutschen Wirtschaftslage Anerkennung zu zollen. Die oben gemachten Bemerkungen dürften zur Lektüre der Schrift anregen. Dr. W. Grotkopp.

AUS DEN ZAHLSTELLEN FÜR DIE ZAHLSTELLEN

- Gesperzt:**
2. Gau: Breslau ist von Marmorerschleifern zu meiden, da nach dem Streik noch nicht alle wieder eingestellt sind.
 3. Gau: In Grimma die Pflastersteinwerke (genannt: Schwemmtsch), Inhaber Wiegelt, der keinen Lohn zahlt. Wer sich also vor Schäden schützen will, meide den Betrieb.
 4. Gau: In Osterholz die Betriebe der Oberkirchener Sandsteinbrüche u. s. w.
 5. Gau: In Hildesheim die Firma Schneidewind. — In Hülsh bei Krefeld, Marmorwerk, Firma Joseph Jörissen wegen Lohnhöhen. Kein Steinwerk oder Marmorarbeiter darf auf Arbeitsangebote reingefallen. — Von Elberfeld bleiben Steinwerke fern, Unternehmer lehnen jede Lohnverhandlung ab.
 6. Gau: Odenwaldbezirk. (Werkstein- und Pflastersteinwerke). Der Lohnkampf über die Entlohnung der Reparationsarbeiten (Pflastersteine und Randsteine), nimmt immer ernstere Formen an. Ein am 3. d. M. ergangener Schiedsspruch wurde von den Kollegen abgelehnt. Zugang ist unter allen Umständen fernzuhalten.
 9. Gau: In Friedberg-Fauerbach der Betrieb der Firma Damm wegen Nichteinhaltung des Tarifes und Schikanierung der Kollegen. Arbeitsangebote der Firma müssen selbstverständlich abgelehnt werden.

Streit:

1. Gau NW: Im Kreis Wittmund bei der Firma Bauermann & Co. in Erens, Steinseher und Berufsgenossen wegen Maßregelung und Tarifdifferenzen.

Die Berufsgefahren bei der Steinbrucharbeit. Die „Striegauer Volkszeitung“ vom 16. Oktober berichtet über einen schweren Unglücksfall im Betriebe der Vereinigten Schlessischen Granitwerke in Gräben: Durch eine vorzeitige Pulverschuhzündung wurde am 16. Oktober, gegen 8 Uhr, der 21jährige Steinarbeiter Hermann Obst aus Gräben schwer verletzt. Durch den Luftdruck wurde Obst ein Stück weggeschleudert. Seine Sachen fingen sofort Feuer. Schwere Verbrennungen am ganzen Körper bereiteten dem Verletzten unagliche Schmerzen. Die Haut hing teilweise in Fetzen vom Körper. Nach Anlegung von Notverbanden wurde der bedauernswerte junge Mann mit dem Krankenauto dem Kreis-Krankenhaus zugeführt. Die Mutter des verunglückten Arbeiters versteht die Aufräumungsarbeiten in der Frühstücksstube des Brudes; für sie war es ein überaus schmerzlicher Anblick, ihren Sohn so leiden zu sehen.

Die Basaltindustrie des Westerwaldes



Unter vorstehender Ueberschrift brachte die „Königliche Zeitung“ im Handelsblatt Nr. 385 b vom 7. Juli einen aufschlußreichen Aufsatz der auch uns beruflich interessiert. Als selbstverständlich werden unsere Leser daraus auch entnehmen können, daß wir nicht etwa die Schilderung im einzelnen uns zu eigen machen, denn der Berichterstatter hat sich alle seine Unterlagen von den Arbeitgebern geholt, ohne auch von den beiden im Westerwald vorhandenen Gewerkschaften der Steinarbeiter sich ähnliches zu befragen. Dann wäre das Kolorit, soweit das Soziale in Betracht kommt, sicherlich anders ausgefallen. Trotz dieses Mangels ist die Abhandlung informierend über jenes Wirtschaftsgebiet der Natursteinindustrie, und nur aus diesem Grunde geben wir daraus einen Auszug:

„Eine ziemlich unbekannte Industrie“ — so überschreibt der Verfasser den ersten Teilabschnitt seiner Arbeit. Die Basaltindustrie, so führt er dann zur Begründung aus, gehört zu den Industrien, von denen man in der Öffentlichkeit nicht allzuviel hört. Die Kritik befaßt sich nicht sehr oft mit ihr. Zur Zeit der Geschäftsabschlüsse treten die in der Form der Aktiengesellschaft betriebenen Unternehmen und damit auch diese Industrie etwas mehr in den Vordergrund, besonders dann, wenn Aktionäre in den Generalversammlungen, wie vor kurzem, Klage über die Dividendenlosigkeit führen. Der Hauptgrund für dies, wenn der Ausdruck gestattet ist, Blühn im Verborgenen, liegt wohl darin, daß bei dieser Industrie der Weg zwischen Erzeuger und Verbraucher einerseits sehr kurz ist und andererseits hauptsächlich einige Großverbraucher von maßgebender Bedeutung sind. Nur so ist auch der bisher wohl nur in dieser Industrie unternommene Versuch des freiwilligen Zusammenschlusses der Erzeuger und Verbraucher in der Form einer Arbeitsgemeinschaft erklärlich. Die Bedeutung der Basaltindustrie ist größer, als es im allgemeinen nach außen hin den Anschein hat. Die Eisenbahnwagenanforderung der Kohlenindustrie beträgt ungefähr 42 Prozent, der Eisenindustrie 5—6 Prozent und der Steinindustrie 16 Prozent. Es handelt sich bei der Basaltindustrie um einen wichtigen Rohstoff, dessen Gewinnung und Verarbeitung zahlreichen Arbeitern und Angestellten Verdienstmöglichkeiten gibt und der für die Entwicklung des modernen Verkehrswezens eine große Rolle spielt.

Einzelne Teile Deutschlands haben durch die Entfaltung der dort heimischen Basaltindustrie einen bemerkenswerten wirtschaftlichen Aufschwung mit den entprechenden Ausstrahlungen auf sozialem und kulturellem Gebiet erlebt. Dies gilt ganz besonders für den Westerwald, der früher mit Recht im allgemeinen als „armer Westerwald“ bezeichnet wurde. In den letzten Jahrzehnten ist hier eine wesentliche Veränderung eingetreten. Die ärmlichen Dörfer und ihre gedrückt mit Stroh gedeckten Häuser haben vielfach schmutzen, lauberen Anpflanzungen Platz gemacht. Wasserleitung und elektrisches Licht sind weit vorgebracht, die Straßen gut instandgehalten. An dieser Entwicklung hat die Steinindustrie des Westerwaldes einen wesentlichen Anteil. Der Ausbau dieser Industrie ist um so wichtiger und auch von bevölkerungs-

politischer Bedeutung, als sie viele Arbeitskräfte, die durch den Rückgang des Erzbergbaues an Sieg, Dill und Lahn und des Braunkohlenbergbaues auf dem Westerwald frei wurden, aufnehmen und so eine Abwanderung verhindern konnte, die durch die für dieses Gebiet typische Erscheinung von Industriearbeiter und Bauer in einer Person erwirkt war und, wenn doch notwendig, von ganz besonderem Nachteil sein mußte. Die Westerwälder Basaltindustrie ist vor allem in den letzten drei Jahrzehnten ausgebaut worden. Die in diesem Zeitraum im Westerwald und an der Bahn vorgenommenen Kapitalinvestitionen werden von Fachkreisen auf etwa 40 Millionen Mark geschätzt, also auf eine ansehnliche Summe. Stellt man dem derzeitigen Jahresumsatz diese Summe investierten Kapitals gegenüber, so erhält man das, dieser Industrie eigene Verhältnis. Der Gesamtjahresumsatz an Schotter, Splitt und Pflastersteinen (im Westerwald und an der Lahn) kann zur Zeit mit etwa 6 Millionen Tonnen angenommen werden. Auf Pflastersteine (große und kleine) entfallen etwa 400 000 Tonnen. Nimmt man den Durchschnittserlös für eine Tonne Pflastersteine mit etwa 29 Mark an, so stellen diese 400 000 Tonnen einen ungefähren Wert von 11,6 Millionen Mark dar. Die Tonne Schotter, Splitt und Gipsplitt mit 4 Mark (im Durchschnitt) berechnet, ergibt bei 5,6 (6—0,4) Millionen Tonnen 22,4 Millionen Mark, zusammen also ungefähr 34 Millionen Mark. Die Fracht macht, roh gerechnet, ungefähr 25 Millionen Mark aus, wobei die Bezüge der Reichsbahn zum Normaltarif angeseht sind. Die Kapazität der Basaltindustrie geht über die Absatzmöglichkeiten nicht wenig hinaus, und zwar infolge von Neuanlagen, weitestgehend Modernisierung und Ausbau der bestehenden Anlagen. Bei einer Beschäftigung der Westerwälder Basaltindustrie ist man oft über ihr Ausmaß, ebenso wie über ihre nicht selten schöne Lage mitten im Wald, überrascht. Man hat den Eindruck, daß die Mechanisierung und Rationalisierung der Betriebe sehr weit vorgeantrieben worden ist. Große Minensprengungen ermöglichen die erleichterte Steingewinnung, das Abfahren des Rohmaterials und die Beschädigung der Schotteranlagen vollzieht sich durch ein wohlüberdachtes System, wobei die Lokomotive gewissermaßen das „laufende Band“ ist, Entladungsanlagen in den Schotterwerken sind keine Seltenheit. Das Transportband hat sich weitgehend durchgesetzt; die Beladung des Eisenbahnwaggons direkt aus den Brechern oder aus den Silos vollzieht sich durchweg auf mechanischem Wege. Es ergeben sich viele Parallelen mit dem stark mechanisierten Betrieb der Braunkohlen- und Breiweißgewinnung. Hier wie dort fällt die Menschleere auf. Der Zwang zur Rentabilität, die teure menschliche Arbeitskraft (? Red.) und die stark gestiegenen Ansprüche der Verbraucher diktiert auch hier das Tempo der Mechanisierung. Gegen 1913 ist die Leistungsfähigkeit der Westerwälder Basaltindustrie wohl mehr als verdoppelt. Die Zahl der Arbeiter ist in den letzten Jahren infolge der Rationalisierung zurückgegangen; sie beträgt zur Zeit etwa 600 Mann. Die Rentabilität läßt zu wünschen übrig. Die großen Aktiengesellschaften sind im letzten Jahr in der Mehrzahl dividendenlos geblieben, was auch einen Rückschlag auf die nicht in Aktienform betriebenen Unternehmungen zuläßt. Bei den Basaltwerken muß eine wenigstens 80prozentige Beschäftigung der Anlagen vorhanden sein, um die laufenden Kosten zu decken. Von einer Verzinsung und Amortisation des Kapitals ist dann noch nicht die Rede. Da die Leistungsfähigkeit der Werke nicht ausgenutzt ist, so hat die Frage der zukünftigen Kapitalinvestitionen in der Basaltindustrie eine ganz besondere Bedeutung. Es ist allerdings schwierig, den

Bedarf der nächsten Jahre voranzusehen. Er wird aber im allgemeinen wohl kaum kleiner werden. Hier wird sich die zunehmende Motorisierung in Deutschland bemerkbar machen. Selbst dem heutigen Grad der Motorisierung sind unsere Straßen nicht mehr gewachsen. Ausmaßgebend bleibt die Finanzierungsfrage. Die Geschichte zeigt, daß man sich über die zukünftige Entwicklung auch der Basaltindustrie täuschen kann. Aber unter Berücksichtigung aller dieser Momente muß man doch bei der Kapitalanlage in neue Basaltunternehmungen etwas zur Vorsicht mahnen. Für die Berechtigung dieser Mahnung fehlt es schon heute nicht an Beispielen. Anders liegen die Verhältnisse bei dem Ausbau von vorhandenen Anlagen. Die Werte müssen bei technischer Höhe gehalten und weiter modernisiert werden, wenn sie der Zukunft gewachsen sein wollen. Um einen Steinbruch aufzumachen, braucht man ja zunächst wenig Mittel, etwas Land, einige Arbeitskräfte, einfaches Gerät und natürlich Steinvorkommen. Die Schaffung eines modernen Betriebes aber erfordert erheblichen Mittel. So sehr man auch die Bestrebungen eines Steinbruchgeländes, ihre Finanzlage zu erleichtern und Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, unterstützt, so ist doch zur Zeit die Geldhergabe nicht ohne besonderes Risiko. Vor allem scheint Vorsicht gegenüber den oft in den Pachtverträgen enthaltenen Bedingungen, innerhalb einer bestimmten Frist eine Schotteranlage und Bahnananschluß herzustellen, am Platze.

Die Modernisierung der Betriebe hat große Mittel beansprucht, was heute bei den hohen Zinssätzen ganz besonders schwer ins Gewicht fällt. Die Erhöhen haben mit den gestiegenen Ausgaben nicht gleichen Schritt halten können. Der Lohnanteil bei dem Erlös für Pflastersteine beansprucht ungefähr 60—65 Prozent; bei Schotter und Splitt wechelt er nach den Kapitalinvestitionen, ist aber im Durchschnitt wohl auch mit ungefähr 50 Prozent anzunehmen. Die Löhne sind gegenüber der Friedenszeit um etwa 100 Prozent gestiegen. Der Stundenlohn eines Steinbrucharbeiters — hierunter fällt allerdings nur ein kleiner Prozentsatz der Belegschaft — beträgt zur Zeit 75 Pfg., der Durchschnittsarbeitersverdienst für Akkordarbeiter 90 Pfg. bis 1 Mark, und für Steinrichter (Kipper) 1 bis 1,20 Mark die Stunde. Der Preis für Schotter, also für das Hauptergebnis, ist dagegen nur um etwa 30 Prozent erhöht worden. Bei Pflastersteinen hält sich die Preisabwertung knapp auf der Höhe der Lohnsteigerung, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß, wie schon oben angeführt, Pflastersteine an der Gesamtzeugung nur einen kleinen Anteil (etwa 7 Prozent) haben. Die sozialen Abgaben (an Steinbrucherwerbsgenossenschaft, Kranken-, Invaliden- und Erwerbslosenversicherung) betragen nicht ganz 10 Prozent des Lohnes gegen vielleicht 4 1/2 Prozent der Vorkriegslöhne, die aber inzwischen um etwa 100 Prozent gestiegen sind. Dazu treten die sonst vielfach abgebauten Familienzulagen für die Ehefrau und jedes Kind je Stunde und je Kopf von 1 Pfg. Die Arbeiterklasse ist willig und fleißig; Streiks sind fast nicht vorgekommen. Es handelt sich hier ja nicht um eigentliche Industriearbeiter, sondern um Arbeiter, die fast durchweg mindestens etwas Landwirtschaft nebenbei treiben und über eigenen Haus- und Grundbesitz verfügen. Die Mithung und Bodenständigkeit der Arbeiterklasse hat ihre Vorteile.

Neben dem Lohnanteil spielt für die Rentabilität der Basaltindustrie die Transportfrage eine ausschlaggebende Rolle. Von gewissen Entfernungen an sind die Transportkosten höher als der Wert des Erzeugnisses. So beträgt z. B. bei einer Entfernung von 161 Kilometer die Fracht für den Wagon Schotter ebensoviel wie der Schotter selbst kostet (etwa 42 Mark); bei Splitt liegen

Rundschau

Thomas Haug †

Am 16. Oktober hat der Tod mit Hilfe der unerbittlichen Berufsfrankheit diesen treuen und braven Kollegen aus unserer Mitte geholt. Am 18. Oktober 1929 hätte er 33 Jahre ohne Unterbrechung unserer Organisation angehört. Thomas Haug ist nach fast 35jähriger Tätigkeit nur 54 Jahre alt geworden. Im Jahre 1908 übersiedelte er von Riesa, wo die Beschäftigung für Sandsteinmehlen immer trostloser geworden war, nach Leipzig und fand hier Beschäftigung als Steinmehl. Die Überführung wurde in der Hauptsache veranlaßt durch Maßregelungen der dortigen Steinmehlmeister, die den rückgratfesten Steinmehl und Vorkühler seiner Kollegen auf ihren Werkplätzen nicht mehr leiden wollten. Diese Maßregel konnten die Meister sich damals leisten, weil die Werkplätze vor dem Eingehen standen, wodurch dem Gemäßregelten jeder Rückhalt in der immer kleiner werdenden Steinmehlbelegschaft fehlte. Die berufliche Tätigkeit hat den Verstorbenen, ehe er in Riesa sesshaft wurde, nach altem Steinmehlbau viel umhergewirbelt, und noch recht jung an Jahren hat er seinen Heimatort Hirschau am Neckar in Württemberg verlassen, um in der Fremde sein Heil zu suchen. Thomas Haug war einer von den besonderen Steinmehltypen, wie sie in den neunziger Jahren und darüber hinaus oft anzutreffen waren und teils heute noch anzutreffen sind: Stolz auf den Beruf, voll Begeisterung für die Arbeiterbewegung, korrekt in allem Tun und Lassen und von aufrichtiger Kollegialität, geschaffen zum führenden Funktionär! In Riesa war der Verstorbenen längere Zeit Vorsitzender der Partei, Vorsitzender der Krankenkasse und zugleich Vorsitzender unserer Verbandsszweigs. Jeder zugereifte Kollege wurde von ihm angehalten, außer der Verbandsmitgliedschaft unbedingt die Parteizugehörigkeit zu erwerben und Abonnement der Parteizeitung zu werden. Dem allem ist er bis zum Tode treu geblieben! Der Verstorbenen gehörte auch mehrere Jahre dem unbesoldeten Verbandsvorstand an, war Obmann der Beisitzer, und er verstand es, jeder zur Beratung stehenden Sache eine besondere Seite abzugewinnen, denn er war ein geschickter, aber sachlicher Debatteredner, und als er wegen seiner Staub-Lungenkrankheit eine Wiederwahl ablehnte, wurde sein Ausscheiden im Vorstand sehr empfunden. Die Redaktion des „Steinarbeiter“ kann dem Verstorbenen als Obmann der Pressekommission nicht vergessen, daß er vor einigen Jahren, bei den speziellen parteipolitischen Vorgängen in Sachen sich mit bewundernswerter Sachlichkeit und Objektivität bemühte, diese Vorgänge von der persönlichen Redaktionsstätigkeit gesondert zu betrachten, ohne etwa seine eigene politische Auffassung in der Sache zu verleugnen. Ja, Thomas Haug war ein braver Kollege, ein seltener Mensch in all seinem Handeln: Ein Proletarier, der nie irre wurde an seiner Überzeugung. Als die Anerkennung der Steinmehlstaublunge als Berufskrankheit Anfang dieses Jahres durch die Verordnung Gesetz wurde, war er stolz auf die endliche Erfüllung, leider hat er den Erfolg in seiner eigenen Krankheit nicht mehr erlebt. Denn der in Nr. 41 des „Steinarbeiter“ geschilderte Fall unter dem Stichwort „Unglaubliche Begründung in einer Rentenfestsetzung bei der Berufsfrankheit“ betrifft Thomas Haug. Zweifellos war er sicher, daß die betreffende Berufsgenossenschaft nicht durchkommt mit ihrer gesetzesunfertigen Handhabung, aber gewirmt hat es ihn doch, und in dem vorgeschrittenen Stadium der Krankheit des nunmehr Verstorbenen hat der unglaubliche Bescheid der Sächsischen Bauergewerkschaftsgenossenschaft zur Beschleunigung des Todes sicherlich beigetragen. Die Größe des Verstorbenen geht noch aus seiner letzten Verfügung hervor, in der er gewünscht hat, seinen Körper sezieren, um durch den Lungenbefund den Fortschritt der Staublunge feststellen zu lassen. Damit will er den noch lebenden berufskranken Steinmehlern dienen. Das ist Thomas Haug! Dieser letzte Wille zeigt hell leuchtend seine Sorge für — andere! Seine Frau hat ihm in all seinen Handlungen treu zur Seite gestanden, war ihm in allen Lebenslagen der gute Kamerad und kann es nicht fassen, daß ihr pflegebedürftiger Thomas nicht mehr da ist.

Der Verband und die Zahlstelle der Leipziger Steinarbeiter trauern um einen ihrer Besten. In treuer Pflichterfüllung war er der proletarischen Sache mit Leib und Seele ergeben; das wollen wir nimmer vergessen. Thomas Haug hat es verdient, daß jedes Verbandsmitglied in stiller Erinnerung an ihn die Kopfbedeckung lüftet und gelobt: **Ehre seinem Andenken!**

Theodor Leipart verunglückt. Der Vorsitzende des ADGB, Kollege Leipart, ist am Montag, dem 14. Oktober, verunglückt und nicht unerheblich verletzt. Leipart war vom Direktor der Arbeiterbank, Dr. Bachem, von seiner Wohnung mit dem Dienstauto abgeholt worden. Auf der Waus, einer Automobilstraße in Berlin, verlor der Wagenführer die Herrschaft über den Wagen. Dieser überschlug sich und begrub die drei Insassen unter sich. Während die Verletzungen des Genossen Bachem und des Chauffeurs leichter Natur sind, wurde Leipart blutüberströmt und befinnungslos aus dem Auto hervorgezogen. Der Arzt stellte einen Schenkelbruch und Schädelbruch fest.

Die deutsche Arbeiterchaft hat die Nachricht von dem schweren Unfall mit größtem Bedauern entgegengenommen. Die Wünsche auf baldige Genesung eilen zu dem Krankenbett dieses vortrefflichen Mannes.

Diese Wünsche werden nicht nur von der deutschen Arbeiterchaft, sondern von weiten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit gehegt. Welches Ansehen Leipart überall genießt, ist gerade durch diesen Unfall offenbar geworden.

Schlechte Ausichten für den Wohnungsbau. Für den Wohnungsbau bestehen sehr schlechte Ausichten. Dies liegt vor allem an dem großen Geldmangel. In den letzten Monaten stößt nach einer Unterjuchung des Instituts für Konjunkturforschung die Finanzierung des Wohnungsbaues mit Hypothekendarlehen fast vollständig. Seit Beginn des Jahres sind rund 180 Millionen Mark weniger Wohnungsbauhypotheken erteilt worden, als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Von Januar bis September beträgt der Zugang an Wohnungsneubauhypotheken 775 Millionen gegen 955 Millionen Mark in der gleichen Zeit des Vorjahres. In erster Linie hat die Kreditverknäpfung der Hypothekendarlehen und der öffentlichen-rechtlichen Kreditanstalten nachgelassen. In den ersten neun Monaten d. J. haben diese Institute 525 Millionen, d. h. rund 360 Millionen Mark weniger als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres ausgeschüttet. Obwohl die Sparkassen etwas stärker hervortreten, ist dieses Minderergebnis nicht ausgeglichen worden. In fast noch stärkerem Maße ist die Möglichkeit der Gewährung von Zwischenkrediten gefallen. Diese äußerst mißliche Lage des Kapitalmarktes wird sich auf dem Gebiete des Wohnungsbaus in katastrophaler Weise auswirken. Es wird vor allen Dingen eine Verzögerung der Baubeginne Anfang des nächsten Jahres eintreten. Die Bautätigkeit ist das hervorragendste Mittel, den Arbeitsmarkt zu entspannen. Wie obige Ausführungen zeigen, sieht es hiermit sehr traurig aus. Die stärkere Heranziehung öffentlicher Mittel wird zur dringenden Notwendigkeit.

Die ausländischen Arbeiter in Frankreich. Frankreich ist das industrielle Land Europas, welches die wenigsten Arbeitslosen hat. Nicht nur finden alle Franzosen leicht Beschäftigung, sondern es haben auch ausländische Arbeitskräfte in großen Massen in Frankreich Arbeit gefunden. Es wurden 1927 nach einem Artikel der „Internationalen Rundschau der Arbeit“ 1 614 716 Ausländer in Frankreich beschäftigt. Diese wurden in nachstehenden Industrien untergebracht:

Berufsgruppen	Zahl	Sunderzahl
Verschiedene Industrien	382 000	23,7
Baugewerbe und Erdarbeiten	326 000	20,2
Metallindustrie	265 000	16,4
Landwirtschaft	254 000	15,7
Bergwerke	171 000	10,6
Ungelehrte Arbeiter	216 000	13,4
	1 614 000	100,0

Der Nationalität nach waren 29,7 v. H. Italiener, 15,6 v. H. Belgier, 14,4 v. H. Polen, 12,4 v. H. Spanier, 5,4 v. H. Schweizer, 4,0 v. H. Russen und 34 203 oder 2,1 v. H. Deutsche. Die übrigen Nationen sind mit weniger vertreten. Von den 233 000 in Frankreich beschäftigten Polen waren früher viele in Deutschland beschäftigt. Sie arbeiten hauptsächlich in französischen Bergwerken. — Die Einwanderung ausländischer Arbeiter nach Frankreich gibt ein Beispiel davon, wie die Auswechslung der Arbeitskräfte vor sich gehen könnte.

Verlängerung des „organisatorischen Sperrjahres“. Der Reichsverband der deutschen Industrie hatte bis zum 1. Oktober 1929 ein organisatorisches Sperrjahr angeordnet. In diesem sollten weder Neugründungen von Verbänden noch sonstige organisatorische Änderungen vorgenommen werden. Kürzlich wurde auf der Tagung in Düsseldorf ein Beschluß gefaßt, der jetzt des näheren bekanntgegeben wird. Danach soll auch für die Zukunft, wenigstens bis zum 1. Oktober 1930, eine gewisse Sperrpflicht im Organisationswesen bestehen. In der Verlautbarung wird angegeben, daß der Beschluß nicht reiflos befolgt worden sei. Neugründungen seien auf allen möglichen Gebieten vorgenommen worden. Dies beweist, daß der Reichsverband nicht stark genug ist, die Organisationsmut seiner Mitglieder zu zähmen. Wenn dies schon für das verfliegene Jahr angenommen werden konnte, so werden auch in der kommenden Zeit solche Beschlüsse ohne weiteres übergangen. In dem Beschluß wird weiter gefordert, gemäß des Ernstes der Lage, Zeitveranstaltungen möglichst einzuschränken. Auch in dieser Beziehung haben sich die untergeordneten Organe des Reichsverbandes weniger an dem Beschluß der Zentrale gestört. Wenn man schon ein organisatorisches Sperrjahr veranlaßt, dann sollte man auch die Gewähr haben, daß solche Beschlüsse beachtet werden. Andernfalls besteht die Gefahr, daß man sich lächerlich macht.

Die Arbeitsdienstpflicht ein volkswirtschaftlicher Unsinn. Die Einführung der Arbeitsdienstpflicht auf die Dauer von ungefähr zwei Jahren wird seit langem eifrig propagiert. Man will dadurch einen gewissen Ersatz für die frühere Militärdienstpflicht schaffen. Im Heft 38 der Zeitschrift „Ruhr und Rhein“ wird nachgewiesen, daß dieses System für Deutschland untragbar sei. Hingewiesen wird auf Bulgarien, wo die Dienstpflicht vollständig versagt habe. Außenpolitisch dürften Deutschland dadurch neue Schwierigkeiten erwachsen. Ferner würde es an dem Führermaterial, an Vorarbeitern, technischen Angestellten und höheren Vorgesetzten fehlen. „Die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht würde, volkswirtschaftlich betrachtet, ein weiterer Schritt auf dem Wege der Ablösung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch das sozialistische bedeuten.“ Die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht würde ältere Arbeiter zugunsten jugendlicher brotlos machen. Des ferneren würde die mit der Arbeitsdienstpflicht dem Staate angebotene Arbeitskraft außerordentlich teuer sein. Und schließlich würde der Nachwuchs dadurch der Wirtschaft völlig entzogen. Diese und ähnliche Gedanken werden den Befürwortern dieses Systems entgegengehalten. Wir haben dem kaum etwas hinzuzufügen. Die Arbeitsdienstpflicht ist in der Tat ein volkswirtschaftlicher Unsinn. Solche Gedanken können nur bei Leuten entstehen, die eine Verflachung des Volkes beabsichtigen und sich Selbsten heranzüchten wollen. Es hat einen gewissen Reiz, daß ausgerechnet in „Ruhr und Rhein“ diese Wahrheiten ausgesprochen werden.

Ist Deutschlands Auslandsverschuldung zu hoch? Lebhaft wird die Frage erörtert, ob die Auslandsverschuldung bereits die äußerste Grenze erreicht hat und ein Fortschreiten auf diesem Gebiete unmöglich sei. Diese Frage erfordert die höchste Beachtung, namentlich in Hinsicht der Reparationsverpflichtungen. Ein Fachmann, der Direktor der Deutschen Bank, Fehr, hat diese Frage in seinem Düsseldorfer Vortrag behandelt.

Die kurzfristigen Auslandschulden betragen rund 7 Milliarden Mark und sind fast ausschließlich Bankschulden. Diese sind sehr drückend und mühte der Versuch gemacht werden, sie herabzudrücken. Daneben hat Deutschland etwa 7,5 Milliarden Mark langfristige Auslandschulden. Dazu erklärte Fehr: „Den Anleihen stehen gegenüber, nationalwirtschaftlich betrachtet, die 50 Milliarden Mark Kapital von Industrie, Handel und Gewerbe, Zins- und Tilgungsdienst dieser Anleihe wird vielfach überdeckt durch die Erträge dieser Wirtschaft, und weiter gemessen an den 11 Milliarden Export, die wir jährlich haben, und den Nutzen, den dieser Export übrig läßt, ist die Summe gering, man kann sogar sagen, im Verhältnis zu den kurzfristigen Schulden entschieden zu gering. Es kann daher keinem Zweifel unterliegen, daß, im ganzen gesehen, dieses Konto noch erhebliche Zugänge vertragen konnte. Auch wenn man die langfristigen und kurzfristigen Schulden addiert und den Zinsdienst des Jahres 1928 mit 1 Milliarde errechnet, kommt man zu dem Ergebnis, daß letztere Zahl nicht mehr als 10 Prozent unserer Exporte ausmacht und sich damit in erträgliche und vertändliche Grenzen bewegt.“

Das ist eine Erkenntnis, die auf genauen Beobachtungen beruht und durchaus wertvoll ist. Es wäre deshalb ein Segen für unsere Wirtschaft, wenn durch langfristige Auslandsdarlehen jene Mittel herangezogen würden, die zur Ausweitung unserer Produktion notwendig sind. Jedenfalls hat Fehr die Legende zerstört, als wenn die deutsche Wirtschaft durch Auslandsdarlehen erstickt würde.

BEKANNTMACHUNGEN DER ZAHLSTELLEN UND GAULEITUNGEN

Berjammlungen:
Am 26. Oktober in Zittau, „Schwarzer Adler“ 14 Uhr, Fachgruppe Straßenbau.
*
Blauberg. Für unsere erkrankten Kollegen würden folgende Unterstütlungen gesandt: von Degerndorf 3 Mark, Metten 5 Mark, Ruhmannsfelden 5 Mark, Kringell 5 Mark; darüber wird dankend quittiert.
J. A.: Andr. Reiner.
Briesen. Die Steinseher, Kollege Heinrich Boh! aus Frankfurt a. M. und Karl Schleichler aus Aßcher leben reisten von her a, ohne ihre rüdtändigen Beiträge zu ordnen. Der erstere ist 7, der andere Kollege 9 Wochen im Rückstand. Darum keine neue Karte und darauf achten, daß die Rückstände hereintommen.
J. A.: Karl Zuchert, Gr. Kirchstr. 16.

Neue Bücher, Zeitschriften

„Kilian Kraft, Aufstieg eines Mannes unserer Zeit.“ Verfasser: Alfred Bohm. Verlag: Koesler & Amelang, Leipzig. Preis in Ganzleinen 5 Mt. Das Buch umfaßt zwei Bände. — Der Verfasser ist als Schriftsteller nicht unbekannt; außer mehreren Romanen und Erzählungen hat er für das Baufach mehrere sachfundige Schriften von dauerndem Wert verfaßt, unter anderem das Werk „Der Kunststein“, das bereits eine zweite Auflage erlebt hat. Der vorliegende Roman hat seine Basis in der Porzellanindustrie. Der erste Band behandelt „Der werdende Mann“, der zweite Band „Der schaffende Mann“. Der Held der Geschichte hat sich nach allherhand Wirrungen zum Direktor des Werkes emporgearbeitet, in dem er als junger Mensch mit Hade und Schippe in der Raolingrube gearbeitet hat. Im zweiten Teil des Romans ist unter anderem in einer ganz gut zu lesenden Art die Bedeutung eines Steinmehlschleifens hineingewoben, das später dem Wert auf seinem hergestellten Porzellan als Fabrikmarke gilt. Die Entstehung und die Bedeutung dieses eingemeißelten Zeichens im Gemäuer der Kirche wird etwas mystisch umschrieben, aber dafür ist es ja ein Roman. Die Handlung ist flott, der Aufstieg des Kilian Kraft, verbunden mit der Leipziger Messe, mutet etwas amerikanisch an, ist aber nichts unmöglicher. Alles in allem genommen, ist der Roman kein aussehenerregendes Buch, aber es kann in seiner sonst lebenswarmen Schilderung manchen anregen, den Weg des Kilian Kraft wenigstens zu suchen.

„Franz Klüh: Werden und Wachen der sozialistischen Bewegung.“ Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 21. Illustriert, 128 Seiten. Preis broschiert 1,90 Mt., gebunden 2,80 Mt. — Alle in der Bildungsarbeit Tätigen müssen vielfach die Erfahrung machen, daß die jetzige Generation der Arbeiterchaft, besonders das Jungvolk, zu wenig mit der Geschichte der sozialistischen Bewegung vertraut ist. Nicht zuletzt wird diese Erscheinung darauf zurückzuführen sein, daß die sozialistische Literatur zwar über mehrere umfangreiche wissenschaftliche Bearbeitungen dieses Gebiets verfügt, daß es aber an einem allgemeinverständlichen, auch nach Umfang und Preis jedem Arbeiter zugänglichen Abriss ihrer Geschichte bisher mangelte. Dieser Lücke in der sozialistischen Literatur will die vorliegende Schrift von Franz Klüh abhelfen, und wir zweifeln nicht daran, daß sie ihren Zweck erfüllen wird. In leichterer, keine Vorkenntnisse voraussetzender Darstellung, dabei ebenso hieb- und stichfest in der prinzipiellen Haltung wie zuverlässig im Tatsachennaterial, gibt die Schrift einen Überblick über das Werden und Wachen der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands, von ihren Anfängen bis in die neueste Zeit, von Wilhelm Meißing bis Friedrich Ebert. Daß Franz Klüh diese Aufgabe in wenig mehr als hundert Seiten zu bewältigen vermag, erreicht er dadurch, daß er allen historischen Kleinram besetzt läßt und die charakteristischen Epochen der Entwicklung samt ihren treibenden Kräften scharf herausarbeitet. Unserer Jugend aber wird diese neueste Darstellung der Geschichte der großen sozialdemokratischen Bewegung besonders deshalb willkommen sein, weil sie ihnen in liebensvoll gezeichneten Charakterbildern die Gestalten ihrer großen Führer nahebringt. Danach bedarf es für diese neueste Publikation des Arbeiterjugend-Verlages, die eine wertvolle Bereicherung darstellt, keiner weiteren Empfehlung. Das Buch ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

ANZEIGEN

Unterbezirk Schöneberg, Steglitz u. Umgegend
Die nächste Mitgliederversammlung findet am Sonntag, dem 27. Oktober, 10 Uhr, bei Schellhase, Steglitz, Ahornstraße 15, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: Werden der Organisation im Steinsetzergewerbe, 2. Diskussion, 3. Gewerkschaftliches. Die Bezirksleitung, I. A.: August Nillert.

Danksagung

Für die freundlichen Glückwünsche und erwiesenen Aufmerksamkeiten anlässlich meines fünfundzwanzigjährigen Jubiläums als Hauptkassierer des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands sage ich den betreffenden Kollegen und Zahlstellen, insbesondere Berlin für Lieferung neuen Handwerkszeuges, herzlichsten Dank!

Leipzig, Oktober 1929. Mit freundlichem Gruß
Ludwig Geist

Den bekannt guten u. bestbewährten handgearbeit. Steinbruchschuh. N. 14.75 Reellste Beliefer. Hochw. Qualit.



Verlangen Sie Preisliste. Horm. Wollers. Berufsschuhwerk. Bad Godesberg.

Pflasterhämmer
aus bestem Schweißstahl

Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau
lieferi auch nach auBerhalb

Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

BEKANNTMACHUNGEN DES VERBANDS-VORSTANDES

Verlorene Mitgliedsausweise! In Bremen das Verbandsbuch Nr. 77 111 für Friedrich Behrens, Marmorsteifer, und die Interimskarte für Alfred Rothe, Steinseher-Lehrling.

ADRESSEN-ÄNDERUNGEN

- 4. Gau: Unsen. Kass.: Heinrich Bothe, Holtensen Nr. 64 bei Hameln.
- 6. Gau: Walterzell. Vorj.: Franz Keim, Unterkirnach (Schwarzwald), Gasthof „Forelle“, Kass.: Georg Kusner, Unterkirnach (Schwarzwald), Gasthof „Forelle“.

BRIEFKASTEN

Hb. B. Verlangt wurde von einigen Zahlstellen, den „Steinarbeiter“ in polnischer, italienischer und russischer Schrift zu liefern. Das ist unmöglich! Wie stellt man sich die Verwirklichung überhaupt vor?

Sch. St. Die Druckfehler in dem Bericht sind bedauerlich, sind aber solche, die jeder Leser bei wenig Nachdenken korrigiert, deshalb keine Berichtigung. Schuld hat der Redakteur, der beim Korrekturlesen des Probeabzuges zu flüchtig gelesen hat, denn es geht dabei immer: Hopp, Hopp!

Kl. Steinheim. Von der Rente bleiben 30 Mark monatlich anrechnungsfrei; der 30 Mark überschießende Teil kommt von der Arbeitslosenunterstützung in Abzug.

GESTORBEN

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden inolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- In **Lauterecken** am 1. Oktober der Hilfsarbeiter Julius Grill, 70 Jahre alt, Altersschwäche.
 - In **Beuthen** am 3. Oktober der Rammer Fritz Groll, 53 Jahre alt, ein Jahr krank, Arterienverkalkung.
 - In **Striegau** am 5. Oktober der Granitsteinmetz Paul Neumann, 52 Jahre alt, 51 Wochen krank, Kehlkopfleiden.
 - In **Steinach** am 9. Oktober der Griffelmacher Christian Moch, 48 Jahre alt, 15 Monate krank, Lungentuberkulose.
 - In **Frankfurt a. M.** am 10. Oktober der Sandsteinmetz Jakob Old, 56 Jahre alt, 9 Monate Berufskrankheit.
 - In **Hamburg** am 10. Oktober der Steinsetzer August Michaelen, 55 Jahre alt, 6 Wochen krank, Leberkrebs.
 - In **Ferdinandshof** am 14. Oktober der Rammer Karl Paetrow, 37 Jahre alt, Unfall, Motorrad.
 - In **Okrilla** am 15. Oktober der Hilfsarbeiter Artur Paul, 26 Jahre alt, 13 Wochen krank, Darmkrebs.
 - In **Dürkheim** am 16. Oktober der Sandstein-Brecher Christ. Feuerbach, 54 Jahre alt, 3 Jahre 9 Monate Berufskrankheit.
 - In **Leipzig** am 16. Oktober der Sandsteinmetz Thomas Haug, 54 Jahre alt, 4 Jahre Berufskrankheit.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Stebold. Verlag Ernst Winkler, beide in Leipzig
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Der politische Neutralitätsgedanke in der Gewerkschaftsbewegung

Mundfunkvortrag, gesprochen auf der „Deutschen Welle“ am 5. Oktober d. J. von Alexander Knoll

In Deutschland ist bekanntlich alles „weltanschaulich“ fundiert. Ein Wunder wäre es daher, wenn es in der Gewerkschaftsbewegung, dieser größten Massenbewegung der Neuzeit, anders wäre.

Diese Erfindung braucht aber nicht mehr gemacht zu werden, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil an der Wiege der Gewerkschaften aller Richtungen ausgeprobenere Parteipolitiker gestanden haben.

Sie lassen sich, bewußt und unbewußt, bei ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen auch heute noch von den politischen Gedankengängen leiten, die ihnen ihre Väter mit auf den Lebensweg gegeben haben.

Sehen wir uns zunächst einmal diese Väter an. An der Wiege der von mir vertretenen Gewerkschaftsrichtung, der im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Verbände, die zugleich die weitaus stärkste Gewerkschaftsrichtung darstellten (zur Zeit rund 5 Millionen Mitglieder), auch freie Gewerkschaften genannt, haben prominenteste Parteipolitiker, wie Ferdinand Lassalle, Herr von Schweitzer, Bebel und der alte Liebknecht gestanden.

Es ist also ganz erklärlich und eigentlich selbstverständlich, daß die Gewerkschaften von Anfang an, oder richtiger: gerade in ihren Anfängen, einen gewissen parteipolitischen Stempel getragen haben.

Jedenfalls ergibt sich also aus dem bisher Gesagten schon zur Genüge, daß, wenn man von politischer Neutralität der Gewerkschaften spricht, damit nicht etwa gemeint sein kann, daß die Gewerkschaften unpolitisch sind, sich jeder Politik enthalten.

Das ergibt sich aber auch aus noch viel wichtigeren materiellen Gründen. Solange die Gewerkschaften schwach und einflußlos waren, konnten sie sich unter Umständen und mit Recht als gänzlich unpolitisch erklären, wie das in der Tat auch geschehen ist.

Ganz anders liegen die Dinge heute und haben sie auch schon in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege gelegen. In dem Maße, wie die Gewerkschaften Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewonnen haben, ist ihr Wirken auch in stetig wachsendem Maße von Bedeutung für die Gesamtwirtschaft geworden.

Weiter: Der Bekämpfung der Gefahren im Bereiche der Gewerkschaften von allem Anfang an ihre größte Aufmerksamkeit zugewendet. Durch diese Tätigkeit ist der sanitäre Arbeiterschutz am meisten gefördert worden.

Es ergibt sich also schon aus dem bisher Gesagten, daß unpolitische Gewerkschaften einfach unmöglich wären, weil das für sie hieße, sich selbst aufzugeben.

Die Gewerkschaften sind aber längst über das Gebiet ihrer ursprünglichen Tätigkeit: den unmittelbaren Kampf um möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen, hinausgewachsen. Damit hat sich naturgemäß das Feld ihrer Betätigung entsprechend erweitert.

So liegen sich noch Beispiele mannigfacher Art anführen, um darzutun, daß die Gewerkschaften nicht politische Abstinenz üben können. Natürlich aber muß ihre politische Betätigung mit ihren wirtschaftlichen Aufgaben im Zusammenhang stehen.

ten nicht ausgenommen, aufrecht zu erhalten und die Unabhängigkeit stets zu betonen.

Die Gewerkschaften müssen so handeln, weil sie sich sonst ihre Werbearbeit selbst erschweren, ihr Arbeitsfeld selbst einengen würden.

Warum und was heißt: parteipolitisch neutral? Beantworten wir die zweite Frage zuerst! Parteipolitisch neutral heißt einmal, wie es schon angedeutet wurde, unabhängig von den politischen Parteien sein, nicht im Dienste von politischen Parteien stehen.

Damit ist also zum Ausdruck gebracht, daß für jeden Arbeitnehmer, der mit den Mitteln der gewerkschaftlichen Praxis, auf dem Boden des Zusammenschlusses mit Seinesgleichen, seine wirtschaftliche Lage sichern und heben will, Platz in der Gewerkschaft ist — und sein muß.

Auch der Nichtgewerkschafter wird begreifen, daß eine Gewerkschaft ihre Aufgaben nicht erfüllen kann, wenn sie eine möglichst große Zahl der Arbeitnehmer erfährt, für deren Beruf sie zuständig ist.

Damit kommen wir zur zweiten Frage: „Warum parteipolitische Neutralität?“

Die Gewerkschaften müssen so handeln, weil sie sich sonst ihre Werbearbeit selbst erschweren, ihr Arbeitsfeld selbst einengen würden. Sie können also nicht unpolitisch — aber sie müssen parteipolitisch neutral sein!

Die Gewerkschaften müssen so handeln, weil sie sich sonst ihre Werbearbeit selbst erschweren, ihr Arbeitsfeld selbst einengen würden.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter: gebührend zu betreuen.

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

Bisher hat keine der vorhandenen Gewerkschaften dieses Ideal erreicht. Einige wenige Berufsorganisationen (des graphischen Gewerbes) kommen ihm aber ziemlich nahe. Die vollkommene Erfüllung des Ideals hätte ja auch zur Voraussetzung, daß die heute vorhandenen Gewerkschaftsrichtungen verschwinden und alle in einer gemeinsamen Organisation aufgehen müßten.

Jedenfalls steht fest, daß das Rekrutierungsgebiet der Gewerkschaften noch sehr groß ist. Man nimmt an, daß es heute in Deutschland 22 Millionen Lohn- und Gehaltsempfänger gibt. Dazu zählen natürlich auch die Beamten. Aber abgesehen von der sehr dünnen Schicht der hochbezahlten Beamten und der gleichen Schicht von Angestellten in der Privatwirtschaft, sind auch die Beamten und erst recht die Angestellten heute der Auffassung, daß sie die gewerkschaftliche Organisation nicht entbehren können.

Run verate ich aber kein Geheimnis, wenn ich sage, daß diese 14 Millionen gewerkschaftlich Unorganisierten sich auf alle Parteien verteilen, die wir heute in Deutschland haben. Und es ist ebenso unbestreitbar, daß diese Unorganisierten sich nicht in einer Wirtschaftslage befinden, die nicht verbesserungsfähig oder verbesserungswürdig wäre.

Es ist also wohl ohne weiteres einleuchtend: Wollten die Gewerkschaften an diese heute noch uninteressierten mit einem politischen Parteiprogramm herantreten oder müßten diese annehmen, daß man sie nach ihrem Eintritt in die Gewerkschaft für eine politische Partei einzufangen versuchen würde — daß damit die Gewerkschaften ihre Werbearbeit selbst unterbinden würden.

Im allgemeinen hat man in den Gewerkschaften in den letzten Jahrzehnten auch danach gehandelt. Daß sich heute die von mir vertretenen freien Gewerkschaften gegen eine politische Einflüßnahme von Links, zur Wehr setzen müßten, sehe ich als allgemein bekannt voraus.

Ich sagte eingangs, daß an der Wiege der freien Gewerkschaften ausgeprobenere Parteipolitiker wie Lassalle, Schweitzer, Bebel und Liebknecht gestanden haben. Wer die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei kennt, weiß, daß es in den sechziger Jahren zwei Richtungen in ihr gab: auf der einen Seite die Lassalleaner, auf der anderen die Eisenacher, deren bekannteste Vertreter Bebel und Liebknecht (der Vater) waren.

Lassalle vertrat die Auffassung, daß die Gewerkschaftsbewegung niemals in der Lage sein würde, für die Arbeiterchaft nachhaltige und dauernde Erfolge zu erringen. Er hat diese seine Anschauung in klassischer Form in dem von ihm formulierten sogenannten Chernen Lohngesetz niedergelegt.

Als im Jahre 1878 das Sozialistengesetz am politischen Horizont auftauchte, das auch jede sozialpolitische Tätigkeit der Gewerkschaften bedrohte, versuchten die Gewerkschaften der befürchteten Auflösung dadurch zu entgehen, daß sie nunmehr alles zu vermeiden suchten, was ihnen irgendwie einen „politischen“ Anstrich zu geben geeignet war.

In den 12 Jahren des Sozialistengesetzes ruhte durchaus nicht die gewerkschaftliche Agitation. Als nach dem Fall dieses Gesetzes im Jahre 1890 der Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung im Angriff genommen wurde, tauchte auch erneut die alte Streitfrage auf: Sollen die Gewerkschaften parteipolitisch neutral sein oder sollen sie (d. h. eben nur die freien Gewerkschaften) zugleich auch sozialdemokratische Politik treiben.

Die Gewerkschaften haben auch in dem Maße, wie die Gewerkschaften Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gewonnen haben, ist ihr Wirken auch in stetig wachsendem Maße von Bedeutung für die Gesamtwirtschaft geworden.

Die Gewerkschaften sind aber längst über das Gebiet ihrer ursprünglichen Tätigkeit: den unmittelbaren Kampf um möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen, hinausgewachsen. Damit hat sich naturgemäß das Feld ihrer Betätigung entsprechend erweitert.

Die Gewerkschaften sind aber längst über das Gebiet ihrer ursprünglichen Tätigkeit: den unmittelbaren Kampf um möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen, hinausgewachsen. Damit hat sich naturgemäß das Feld ihrer Betätigung entsprechend erweitert.

Die Gewerkschaften sind aber längst über das Gebiet ihrer ursprünglichen Tätigkeit: den unmittelbaren Kampf um möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen, hinausgewachsen. Damit hat sich naturgemäß das Feld ihrer Betätigung entsprechend erweitert.

Die Gewerkschaften sind aber längst über das Gebiet ihrer ursprünglichen Tätigkeit: den unmittelbaren Kampf um möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen, hinausgewachsen. Damit hat sich naturgemäß das Feld ihrer Betätigung entsprechend erweitert.

Die Gewerkschaften sind aber längst über das Gebiet ihrer ursprünglichen Tätigkeit: den unmittelbaren Kampf um möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen, hinausgewachsen. Damit hat sich naturgemäß das Feld ihrer Betätigung entsprechend erweitert.

